

Kaukasische Post

34136920
808-4110330

Die Geschäftsstelle befindet sich im
Deutschen Nationalrat für Georgien:
Tiflis, Michael-Str. Nr. 108.

erschient 2-mal wöchentlich:
am Mittwoch und am Sonnabend
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich).

Geschäftsstunden: werktäglich von 9—11
Uhr vorm. — Sprechstunde der Redak-
tion: In der Wohnung des verantw.
Redaktors — Suboff.-Str. (früher Malaja-
Sjudebnaja) Nr. 13, Tu. 6 im Hof — werk-
täglich von 6—7 Uhr abds.

Nr. 4.

Tiflis, Sonnabend, den 28. Januar 1922

14 Jahrgang.

Vom Herausgeber.

Die Geschäftsstelle der „Kauk. Post“ befindet sich fortan im Deutschen Nationalrat (Tiflis, Michael-Str. 108), wosin Interessenten sich mit ihren Anliegen (mündlichen und schriftlichen) wenden mögen. Was aber die Sprechstunde der Redaktion anlangt, so wird der verantw. Redakteur werktäglich zwischen 6—7 abds. in seiner Wohnung: Subaloff-Str., früher Malaja-Sjudebnaja, Nr. 13, Tu. 6, im Hof, zu vreden sein.

Der Zentral-Vorstand
des Verb. d. transk. Deutschen.

Der Deutsche Gesandte in dienstlicher Veranlassung nach Berlin abgereist.

Am 23. d. Mts. ist der Deutsche Gesandte Ulrich Kaufser zur Berichterstattung und Erledigung sonstiger Dienstangelegenheiten nach Berlin abgereist, wo er bereits am 7. Februar eintrifft. In Berlin hat der Herr Gesandte sich am nächsten Tage (24. 1.), nachmittags, ohne jeglichen Aufenthalt, auf dem fahrplanmäßigen italienischen Dampfer (der Triester Linie) eingeschifft. Von Brindisi wird der Herr Gesandte nach Neapel, wo er einen Tag zu verweilen beabsichtigt, weiterreisen und von dort über Rom und München, wo er ebenfalls je einen Tag zu bleiben gedenkt, seinen Weg nehmen.

Der Rückkehr des Herrn Gesandten ist, wenn nicht unvorhergesehene Umstände entgegenstehen, ungefähr am Mitte April entgegenzusehen. Die Familienangehörigen und die Privatsekretäre des Herrn Gesandten sind in Tiflis geblieben, in Anbetracht dessen die Befürchtung, die in unserer Mitte mehrfach aufgetaucht worden, der Gesandte könnte Georgien am Ende für immer verlassen haben, unbillig wird. Die Reise nach Deutschland war übrigens schon für den Spätkommer des vorliegenden Jahres in Aussicht genommen, und zwar zunächst als Urlaubserreise, konnte aber damals aus verschiedenen Umständen, die durch die Verhältnisse geboten schienen, nicht unternommen werden.

Wir wünschen dem Herrn Gesandten eine glückliche Reise und wollen zugleich der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß es uns vergönnt sein werde, ihn nach 2½ Monaten wieder gesund und munter in Tiflis begrüßen zu dürfen.

Für die Zeit der Abwesenheit des Herrn Gesandten ist das Mitglied der hiesigen Deutschen Gesandtschaft Herr Geschäftsrat Dr. Max Heise als Deutscher Geschäftsträger in Georgien fungieren. Die Empfangsbesprechungen in der Gesandtschaft sind nach wie vor von 11—12 Uhr vormittags.

Politische Nachrichten.

In der Erklärung des neuen französischen Kabinetts, welche dieser Tage im Senat und in der Repräsentantenkammer, in letzterer von Poincaré selbst, gelesen wurde, hat es unter anderem wie folgt geheißen: „Die Finanzen Frankreichs können nur dann gesund, wenn Deutschland, für dessen Rechnung wir schon 10 Milliarden Verzinsnisse gewährt haben, endlich seinen Verpflichtungen nachkommt und die von ihm verursachten Lasten ausgleicht. Es wäre eine empörende Gemeinheit, an das Land, welches den durch nichts veranlaßten und keiner Weise zu rechtfertigenden feindlichen Überfall

erlitten hat, bei der 19 Departements verwüetet worden sind, aus eigenen Mitteln die Wiederherstellung derselben herbeiführen müßte, ungeachtet des Sieges, den es nach vierjährigen Kämpfe errungen hat. Man bedachte außerdem, welche Summen die Regierung braucht, um den Opfern des Krieges, den Witwen, den Waisen, den Invaliden, den Reservisten und den Familien der friedlichen Bürger, die von Feinde erschossen wurden, die ihnen zukommenden Pensionen und Unterstützungen auszugeben. Wenn Frankreich wird eine schamlose Propaganda getrieben, durch welche die wahren Absichten, die Ziele und Zwecke der französischen Politik entstellt werden. Man laßt von uns, daß wir wahrnützige Imperialisten seien, daß wir in geheim gefährliche Pläne schmiedeten, als ob der Krieg nicht schon genug Opfer uns entriß, als ob wir den Frieden, den zu schätzen wir anstreben, nicht teuer genug erkauft haben. Wir verlangen eines: Die Erfüllung des Vertrages, unter denen die Untergriffen Deutschlands und aller unserer Verbündeten liegen. Wir verlangen bloß die Bezahlung dessen, was man uns schuldet, und erklären hiermit, daß wir in dieser für Frankreich höchst wichtigen Frage nicht nachgeben werden. Deutschland behauptet, daß es nicht zahlen könne, und schwärzt deshalb systematisch seine Ressourcen (Geldmittel), die angeblich weit geringer sind, als die Frankreichs, und nicht einmal zur Deckung der gewöhnlichen Ausgaben Deutschlands ausreichen. Dabei erwidert sich Deutschland über ordnungswidrige Kreditanweisungen und eine Cassation (Ausgabe) von Papiergeld, welche das Sinken des Wertes der deutschen Markta (Geldwährung) herbeiführt. Deutschland begünstigt die Ausfuhr, gibt seinen Großindustriellen die Möglichkeit, ihren ausländischen Kredit nach Belieben auszunutzen. Und während Deutschland seine vermeintliche Antwort zur See trägt, geben seine Unternehmungen ungeheure Dividenden, die in die Taschen der Aktionäre fließen, sind seine Fabriken in vollem Gange, wachsen seine Wirtschaftskräfte mit jedem Tage, und in demselben Maße, wie der Staat verarmt, wird das Volk reich. Aber wir erinnern daran, daß das ganze deutsche Volk, mit all seinen Kapitalien und Einwohnern die Verantwortung für die Schulden des Staates trägt und daß der Verfall der Vertrag in Klauen dieses Volkes angenommen worden ist. Abgesehen von der Frage der Kontribution (Kriegsschuldung), gibt es noch andere Punkte im Versailles Vertrag, auf deren Erfüllung Frankreich bestehen muß: die Entlassung Deutschlands und die Aburteilung der Kriegsverbrecher. So lange diese Artikel nicht vollständig durchgeführt sind, werden wir ein Recht haben, die in Bezug auf Deutschland angewandten belästigenden Maßnahmen aufrecht zu erhalten und dergleichen neue Beforderungen zu schaffen. Auch werden wir dann ein Recht haben, zu erklären, daß die Verzögerung der Klärung des linken Rheinufers durch Umstände bedingt ist, die lediglich von dem Willen Deutschlands abhängen. Wir werden uns bemühen, in allen diesen Fragen im Einvernehmen mit den Verbündeten zu handeln. Wir werden deshalb auch mit ihnen alle die Fragen gemeinschaftlich beraten, welche hinsichtlich Meinungsverschiedenheiten vorgelegt haben, deren unverzügliche Beseitigung nottut. ... Die Einladungen zur Konferenz in Genoa sind den Verbündeten zugegangen, und diese werden darauf bestehen, daß die von der Konferenz in Cannes angenommenen Entschlüsse in Bauisch und Bogen entweder genehmigt oder verworfen werden, ohne daß eine Besprechung derselben stattfindet, und daß keinerlei Auslegung früher abgeschlossener Verträge auch nur im entferntesten die in Cannes vorgeschlagenen Sa-

rationen (Sicherheiten) verändern dürfen. Wir sehen uns zur Erklärung verpflichtet, daß wir uns in dieser Beziehung volle Handlungsfreiheit vorbehalten. ... Wir werden uns glücklich schätzen, wenn der Vertrag, welcher zum Zweck hat, den Frieden zwischen England und Frankreich zu befestigen, bald unterschrieben sein wird. Gleichzeitig mit diesem haben wir die Aufgabe, mit Italien und England über die Nichtzulassung einer Erneuerung der Kriegskorruptionen zwischen den Deutschen und Griechen zu verhandeln. Wir wissen ferner mit Zustimmung der Verbündeten den Vorteil, den uns der mit Angola abgeschlossene Vertrag bietet und der in der Zurückziehung unserer Besatzungstruppen nach Europa besteht, voranzutreiben, was uns die Möglichkeit böte, unser Mandat über Surinam zum Nutzen der dortigen Bevölkerung, die zu allen Zeiten eine treue Freundin Frankreichs war, mit mehr Festigkeit auszuüben.“

Zu obiger Erklärung der französischen Regierung seien hier einige deutsche Pressestimmen angeführt:

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nennt die Deklaration eine „ungeheuerliche“. Man könne davon überzeugt sein, daß die deutsche Regierung die erste passable Gelegenheit dazu benutzte, um gegen die Erklärung Poincarés den schärfsten Protest einzulegen und den Standpunkt Deutschlands zu formulieren. — Die „Börsen-Zeitung“ meint, daß man von Poincaré keine andere Deklaration habe erwarten können, da W. von nationalitätlichen Bestrebungen erfüllt sei, die aber unter dem Anstrich der europäischen Ideen in die Brüche gehen würden. Das Blatt vermutet, daß Poincaré zu den mancherlei Anschuldigungen nur aus dem Grunde Zustimmung nehme, um Frankreich den Weg zu ebnen, das seine militärische Machtstellung am Rhein für immer befestigen wolle.

Auch die englische Presse verhält sich zur Deklaration Poincarés durcheinand abweisend. So erklärt z. B. die Zeitung „Daily Chronicle“ zur Behauptung Poincarés, die Klärung des linken Rheinufers sei bedingt durch die deutschen Wiederherstellungsmaßnahmen: „England wird aus nicht für eine Minute die französische Auffassung davon teilen, in Anbetracht des letzten Verhaltens Deutschlands, dementsprechend letzten Wort den Worten des Reichstages anstretien hat.“ — Der „Daily-Express“ bemerkt ferner, daß die Deklaration Poincarés keineswegs dazu angetan ist, die Bedenken Englands und Amerikas gegenüber der Politik Poincarés zu zerstreuen, die von Chauvinismus durchdringt ist. — Die „Times“ unterstreicht die „Hartnäckigkeit“, mit der Poincaré für die Interessen Frankreichs und die Befriedigung des Versailles Vertrages eintritt. — „Daily-Mail“ macht Frankreich darauf aufmerksam, daß England seine Bemühungen um die Wiederherstellung Europas unermüdet fortsetzen werde, wie Frankreich sich zu ihnen auch verhalten würde. Wenn Frankreich den englischen Plänen nicht zustimmen werde, so sei der Verfall der Entente unausweichlich, Frankreich würde vollständig vereinzelt dastehen und die britische Industrie nähme einen tiefen Aufschwung, da alsdann England seine Politik unabhängig auf die eigenen Interessen einstellen dürfte. — Der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ ist der Meinung, daß Poincaré nach eigenen „Mandaten“, die seine ablebende Stellungnahme zur Genauer Konferenz rechtfertigen sollen, nämlich zur Politik Briand zurückkehren werde. England müsse die Richtung seiner Politik aus fernem einhalten, ungeachtet dessen, daß man in Genoa auf eine wirkliche Unterstützung seitens Frankreichs nicht werde rechnen können. Letzteres werde auf der Konferenz jedenfalls Opposition, wenn auch nur ungeschwiegen, machen. Sollte aber Amerika in Genoa

ebenfalls vertreten sein, so würde es Frankreich schwer fallen, „Knüttel in die Räder zu werfen“.

Ein Moskauer Funkpruch vom 22. d. Mts. gibt übrigens eine Meldung aus London vom 19. d. Mts. wieder, der zufolge Poincaré bereits kein bezugnehmend beginnt. Er werde nämlich sich einmündlich erklären, nach Genua zu kommen, um wenigstens an einigen Sitzungen der Konferenz teilzunehmen, vorausgesetzt, daß auch die anderen an dieser teilnehmenden Staaten durch ihre Premierminister vertreten sein würden. Seine ausgedrückte Abneigung gegen ein Besammentreffen mit den Vertretern Deutschlands und vor allem Sjewet-Rußlands scheint also im Schwanden zu sein. Einen gewissen Einfluß mag auf diesen Entschluß Moskaus weiter anderem auch die von letzterem geäußerte und, wie es heißt, englischerseits gutgeheißene Absicht gehabt haben, Frankreich eine nicht unerhebliche Gegenrechnung für die im Bürgerkrieg von den französischen Missionen, den Generalen Koltzsch, Demin, Bramell u. a., verursachten Sachschäden und sonstigen Verluste vorzuweisen!

Als Haupt der Vertreter Russlands auf der Genauer Konferenz wird genannt: Tschitscherin (Volkskommissar für Auswärtiges), die übrigen Mitglieder werden von dem Allrussischen Exekutiv-Komitee in diesen Tagen ernannt werden. Lenin, im Volksmunde „Hjitsch“ (das ist sein Vatername) genannt, soll nicht nach Genua reisen; so wünschen es zahlreiche Gruppen der russischen Bevölkerung, in der Befürchtung, daß ihm dort, oder unterwegs, Leid angetan werden könnte. Diejem Wunsch wird das genannte Komitee Rechnung zu tragen wissen.

Papst Benedikt XV. ist am 21. d. Mts., um 5 Uhr nachmittags, an den Folgen einer Bronchitis gestorben. Er war ein eifriger Fürsprecher für die Wiederherstellung des Friedens in der Welt und ein aufrichtiger Freund der Völkerverständigung, in welcher Richtung er wiederholt Schritte unternommen hat, die aber leider, wie die Erfahrung lehrt, nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben. Ein näheres Eingehen auf die Bedeutung des Verstorbenen behalten wir uns für eine spätere Nummer vor.

F e n i l l e t o n .

Wahlpruch.

Deutsch sein, heißt gut sein, treu sein und echt, Kämpfen für Wahrheit, Freiheit und Recht; Deutsch sein, heißt stark sein, ähre und hart, Gilt's zu bewähren die altdeutsche Art.

Die Deutschentagung in Lodz.

In Lodz fand im September v. J. die erste Tagung der Deutschen aus der Republik Polen statt. Etwa 3000 Personen nahmen daran teil, darunter 7-800 Gäste von außerhalb. Vertreten waren alle einzelnen Gruppen der mehr als 2 Millionen zählenden Deutschen in Polen, sowohl die Deutschen aus Polen und Westpreußen, als die aus Galizien, dem ehemaligen Kongresspolen und aus Wolhynien. Für die letzteren sprach der junge Pastor Kerken, der in Amerika seine geistliche Ausbildung erhalten hat, und gab besonders der Hoffnung Ausdruck, die deutsche Schule in Wolhynien bald wieder leben zu können. In zwei einstimmig angenommenen Resolutionen forderten die versammelten Vertreter des Deutschtums, daß die polnische Regierung endlich Ernst mache mit dem versprochenen Minderheitenschutz, da der deutsche Bürger Polens die gleichen Rechte wie jeder andere Bürger des Staates erhalten solle. Die bisher gegenüber den Deutschen befolgte Politik sei ein offener Verstoß gegen die Verpflichtungen, die die polnische Regierung mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages und des Minderheitenschutzvertrages übernommen habe.

Den Festgruß an die Teilnehmer der Tagung, den die Lodzer Wochenschrift „Der Volksfreund“ bringt, drucken wir im folgenden ab, da er am besten den Geist zeigt, unter dem sich die Deutschen in Polen zusammengefunden haben:

Aus dem Leben der Deutschen in Georgien.

Auszug aus dem Protokoll der Konferenz der deutschen Lehrer in Georgien zu Katharinensfeld am 3. u. 4. Januar 1922.

Wegen der Kürze der Zeit wurden die wichtigsten Fragen an den Anfang der Tagesordnung gestellt, so daß gegenüber der Tagesordnung, die die Nr. 35 der „R. P.“ gebracht hatte, einige Verschiebungen in der Reihenfolge der zu behandelnden Fragen vorgenommen werden mußten.

Nach Begrüßung der erschienenen Lehrerschaft durch den Vorsitzenden J. Walter wurden die Grüße und Wünsche der Kollegen, die reges Interesse an der Tagung durch ihre Schreiben bewiesen hatten, aber verhindert waren zu erscheinen, vorgelesen.

Der Vorsitzende des Deutschen Nationalrats in Georgien Dipl.-Ing. Lamparter weist darauf auf die hohe Bedeutung dieser Konferenz für das deutsche Kulturleben in Transkaukasien hin; den Lehrerverband bezeichnet er als das „Fundament des Seelenlebens“.

Als Vorsitzender der Schulfektion im Nationalrat drückt Gymnasiallehrer v. Haas das Bedauern darüber aus, daß trotz Einladung einige Kolonien durch ihre Lehrer nicht vertreten sind; mit besonderem Nachdruck weist er auf die Aufgaben hin, die der Schulfektion obliegen, und fordert die Anwesenden auf, von dieser Abteilung, die keine Behörde sein will, reichlich Gebrauch zu machen.

Als 1. Punkt der Tagesordnung wird von dem Vorsitzenden eine kurze, aber erschöpfende Darlegung über das Wesen der Arbeitsschule nach Kerckensteiner vorgetragen. Der Vortrag soll auf Beschluß der Konferenz in der „R. P.“ veröffentlicht werden.

Nach reichlicher Aussprache stimmte die Konferenz der weiteren Durchführung der Prinzipien der Arbeitsschule bei und verpflichtete die Katharinensfelder Lehrerschaft zur Uebernahme eines Referats über das Arbeitsprinzip dieses Schultypus mit entsprechender Lehrprobe für die nächste Lehrkonferenz, die im Sommer in Gijabettal in Aussicht genommen ist.

Am 2. Stelle kommt die Vertretung der deutschen Schulen im Kommissariat der Volksaufklärung zur Besprechung. Inspektor Pfeiffer, Mitglied der Schulfektion, gibt

Ihr Volksgenossen von der Weichsel Strande,
Ihr von der Warthe, von der Nehe Au'n,
Ihr aus Wolhyniens vielgeprüfftem Lande,
Ihr aus Masuren, aus Galiziens Gau'n!
Die aus der Nähe, die von fern gekommen,
Als Ihr den Ruf zur Einigung vernommen,
Für eines Volkes weiterverpantgen Glieder,
Seid uns willkommen, liebe deutsche Brüder!

Seid uns begrüßt in dieser Weichslande,
Im Morgenrote einer neuen Zeit,
Die uns will tagen! Reicht die Hand zum Bunde
Der deutschen Treue! Fest in Einigkeit
Woll'n wir hinfort als deutsche Männer leben,
Ein Haus — nicht zitternd, wenn die Wunde weh'n,
Ein Feld — nicht zitternd, wenn die Wogen branden
Zum Heil dem Land, da Heimatrecht wir fanden.

Nicht wollen wir zum Truze uns verbinden,
Wir suchen Frieden, wollen keinen Streit;
Doch soll die Welt uns alle einig finden
Zum Schutze un'res Erbes stets bereit;
Die Muttersprache, un're deutschen Sitten,
Wofür die Ahnen einst gelebt, geschrieben,
Was als Vermächtnis sie uns übergeben,
Es soll in unsern Kindern weiterleben.

In diesem Geiste woll'n wir heute tagen,
In diesem Geiste handeln immerdar.
Was auch die Gegner Uebles von uns sagen —
Wir zagen nicht, denn unser Schild ist klar.
Wir woll'n dem Staate rechte Treue halten,
Ihm dienend un're Kräfte voll entfalten;
Dabei trotz unser Widersacher Treiben
Als Bürger Polens gute Deutsche bleiben.

So laßt uns denn den heil'gen Zirkel schließen,
Die Einigkeit sei unser einend Band,
Es möge Segen unser Bund entsproßen
Für unser Volkstum, unser Heimatland.
Rein Volksgenosse bleibe draußen stehen!

bekannt, daß die Regierung einen Rat der nationalen Minderheiten geschaffen hat, der die kulturellen Interessen dieser zu vertreten hat; die der Deutschen werden zur Zeit von Fel. Bart wahrgenommen.

Um den erforderlichen Kontakt zwischen dieser Vertretung und dem Nationalrat herzustellen, sind alle bezüglichen Anfragen und Wünsche durch den Nationalrat einzuschicken.

Nach Erledigung von Punkt 3 der Tagesordnung: Wahl der Revisionskommission — wird unter Punkt 4 die Personalfrage behandelt. Da der Mangel an geeigneten deutschen Lehrern im Kaukasus groß ist, so ist das Ergebnis dieser Beratung der Beschluß, tüchtige Kräfte, die auch eine Ausbildung nach technischer Seite erhalten haben, aus Deutschland kommen zu lassen. Der Bedarf ist der Nationalrat bis zum 1. Februar vorzulegen. In der weiteren Verhandlung wird über Einführung von einheitlichen Schulmitteln gesprochen. Man beschließt, die bereits eingeführten Lehrbücher auch fürs nächste Schuljahr zu behalten; über ihren Bedarf sind die Angaben zum vorgenannten Zeitpunkt dem Nationalrate einzufenden.

Als einen weiteren Punkt der Tagesordnung berichtet der Direktor des Deutschen Realgymnasiums Tiflis, an Hand von Zeitungsartikeln, über Neugestaltung von Schulen in Deutschland. Von sehr beachtenswerten Inhalt ist die Abhandlung über „Schule und Berufsformen“ vom Geh. Regierungsrat Dr. Ohs. Einstimmig wird beschlossen, die darin enthaltenen Fundamente der Erziehung in der „R. P.“ zu veröffentlichen.

Da infolge des Ausbleibens jeglicher Fachzeitschriften in der Gegenwart die Weiterbildung der Lehrer sehr erschwert ist, so wurde diese so überaus wichtige Angelegenheit eingehend besprochen. Wenn auch die Zeitverhältnisse keine besterzende Lösung zulassen, so wurde doch mit Nachdruck auf entsprechende Ausgestaltung der Lehrertätigkeiten der Finger gelegt. Nicht nur fruchtbringende Referate sollen künftig gehalten werden, sondern durch Lehrproben glaubt man an besten die Lücken in der eigenen Methodik und auch im Wissen zu erkennen. Die meisten Schulgruppen wurden mit Bearbeitung eines Themas für die vorgenannte Konferenz beauftragt.

Dernach berichtet der Vorsitzende der Prüfungskommission

Man soll uns alle, alle einig sehen.
In deren Adern deutsches Herzblut fließet,
Heil Euch, Ihr Brüder! Herzlich seid begrüßt!
Julian Will, Sompolno.
(„Heimkehr“.)

Ein Zweigepräch.

Burleske*) von Peter Moor.
(Hole und Pole treffen sich auf der Dorfstraße).
Pole. Guten Morgen, Herr Pole!
Hole. Morgen, morgen! Sie haben schlecht geschlafen, Herr Pole!
Pole. Wie? denn?
Hole. Na, Sie sehen bleich aus und klappern sehr mit den Augenlidern!
Pole. Stimmt! Ich habe gar nicht geschlafen bin im Zirkus gewesen.
Pole. Im Zirkus? Aber hier in dem Dorfe doch kein Zirkus!
Hole. Wie? denn nicht?
Pole. Na, ganz einfach, weil keiner da ist!
Hole. Es ist aber einer!
Pole. Und es ist keiner!
Hole. Ja, Herrgott, ich bin doch aber nicht in Kirche gewesen!
Pole. Im, dann muß es ein Wanderzirkus sein!
Hole. Möglich.
Pole. Und waren Sie zufrieden?
Hole. Oh, ich sage Ihnen, prachtvoll! Etwas fährlich, aber prachtvoll!
Pole. So erzählen Sie doch!
Hole. Zuerst wurde ein Vorsitzender gewählt.
Pole. Im Zirkus?

*) B. bedeutet (das Wort ist italienischen Ursprungs) lächerliche Darstellung des Großen oder Erhabenen, P. u. dgl. m.

Die Kol. Elisabethell, die hauptsächlich als Kartoffeln produzierende Gruppe in Betracht kommt, wird ohne Zweifel auch nächstens den Absatz ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse in entsprechender Weise organisieren.

Somit wäre nun unläßlich der Grundbau zu einer weiteren wirtschaftlichen Vereinigung sämtlicher deutschen Kolonien in Georgien gelegt.

Die Form dieser Vereinigung wird durch die Verhältnisse bestimmt werden. Ein gemeinsames Vorgehen unserer Kolonien in dieser Angelegenheit wird ohne Zweifel zu einem wirtschaftlichen und geistigen Aufblühen derselben beitragen. Es hängt nur alles davon ab, ob sich eine genügende Anzahl tüchtiger, ideal gestimmter Männer, mit genügender Initiative, in unseren Kolonien finden wird, die das angefangene Werk vollenden werden. Soll der große, vielversprechende Gedanke hieran scheitern? ... Wir wollen hoffen, daß die besten Männer unserer Kolonien die genügende Emsigkeit und Kraft besitzen, um, trotz aller äußeren wie auch inneren Schwierigkeiten und Hemmnisse, den Fehel entschlossen anzugehen und die Sache in Gang zu bringen. Das Weitere, wie die Erfahrungen sich sämtlicher deutschen Unternehmungen in Stadt und Land lehren, wird sich auf dem Wege natürlicher Entwicklung, d. h. von selbst ergeben. Nur festig ans Werk!

R. d. N. R. C. L.

Die deutsche Bibliothek in Tiflis.

Zur Nachfolgerin der jüngst verstorbenen Verwalterin der deutschen Bibliothek, Frau Dr. A. Rosenbaum, ist vom Vorstand der Ortsgruppe Tiflis des Verbandes der transkaukasischen Deutschen Frau Dr. E. Prisma n u gewählt worden, welche dieses Amt auch bereits übernommen hat. Der Betrieb der Bibliothek bleibt der früheren. Die neue Verwalterin der Bibliothek ist uns tüchtiger Deutschen vor ihrer bisherigen außerordentlichen Tätigkeit zugunsten unseres Gemeinwesens her wohl bekannt, und dürfen wir daher hoffen, daß sie das ihr geschenkte Vertrauen auch auf dem neuen Arbeitsfelde voll und recht fertigen wird.

Deutsches Theater.

Am 23. d. Mts. hatten wir wieder einmal Gelegenheit, einer Theatervorstellung der Dramatischen Sektion der Tifliser Ortsgruppe im Subalpinischen Volkshause beizuwohnen. Gegeben wurden die drei bekannten Einakter von Sudermann "Koi en", und war die Aufführung im großen ganzen eine gelungene. Unter der bewährten Regie Herrn Kadosins bot ein jeder der Mitwirkenden sein Bestes. — Es würde zu weit führen, das Spiel jedes Einzelnen zu besprechen, und können wir daher nur die Hauptrollen besprechend ansetzen. — Im "Der letzte Besuch" spielte Frau Besje als "unbekannte Dame" temperamentvoll und mit feiner Nuancierung ihre nicht leichte Rolle. Ihre bescheidene Liebenswürdigkeit dem jungen Liebhaber gegenüber ließ es verstehen, daß derselbe ohne lange Ueberlegung ihre Forderung erfüllte. Herr Prisma n u als Leutnant Wolters hätte ein wenig jünger gerahmt sein sollen, doch sein vorzügliches Spiel ließ den Zuschauer diesen Mangel leicht übersehen. Sein Schmerz um den geliebten Freund, den er kaum bemerken kann, und dann die Bewunderung für die schöne Freundin des Verstorbenen waren natürlich und entsprechend den Anforderungen der Rolle. Frä. W. Schulz, die wir zum ersten Mal in einer tragischen Rolle sehen, war als Daisy ausgezeichnet; sie trug ihr Leid mit einer Würde, die ihre dreißigjährige Lieblichkeit nicht beeinträchtigte. Frä. v. Brad el als Frau Mulbridge spielte sehr lebendig und wirkte ungemein sympatisch. Der schon früher an dieser Stelle ausgesprochene Wunsch, sie in einer größeren Rolle zu sehen, sollte beachtet werden. — Die "Margot" in dem gleichnamigen Einakter gab Frä. A. Walter, mit vielem Verständnis und entsprechender Leidenschaftlichkeit. Ihr Partner Herr Eschacker war im ersten Teil seiner Rolle (Rechtsanwalt Dr. Gehling) von vorzüglicher Klasse u. Sachlichkeit, im weiteren Verlauf der Handlung hätte er aber mehr Temperament entwickeln sollen. Frau Ham m spielte die Frau von Hugo, die um ihr Kind so sehr besorgte Mutter, mit großer Natürlichkeit; da war kein Zweifel, kein Zuwenig. Das war Leben. — Die Prinzessin von Gelbern, in "Die ferne Prinzessin" spielte wiederum Frä. A. Walter, mit Geschick. Die Rolle der Hofdame Frau von Brod wurde von Frau Leidig gut

wiedergegeben. Herr Kadosin als cand. phil. Frh. Strübel spielte feins und flott, wie wir es an ihm gewohnt sind. — Frau Alisch w ang fand als entschlossene Wirtin viel Beifall und Frau Wallina als Frau von Kaldorf bot, wie immer, eine ihrer Rolle entsprechende Leistung. — Im —

Zur Ausführung an obige Besprechung möchten wir hier noch mitteilen, daß die Schüler, welche während der Vorbereitung durch ihr geräuschvolles Benehmen im Zuschauerraum allgemein Mergernis erzeigten, von der Schulleitung in gehörender Weise bestraft worden sind und daß in Zukunft Lehrer zur Ueberwachung der Schullugend ins Theater beordert werden sollen. Beide Maßnahmen finden unsere volle Billigung.

Reorganisation der Dramatischen Sektion.

Die Dram. Sektion hat sich dieser Tage reorganisiert. Hierbei sind in den Vorstand gewählt worden: als Mitglieder — Frau Dr. Elsa Prisma n u und die Herren Franz Schulz und Boris Alisch w ang, ferner als Kandidaten — Frä. A. Walter und Herr Franz Häg ele. Den Vorsitz im Vorstand wird voraussichtlich Herr F. Schulz übernehmen. —

An diese erreichbare Mitteilung möchten wir eine Bitte fassen, die allen Lesern der "Rus. Post" im Inlande und namentlich im Auslande gilt: Dem Vorstände der Dramatischen Sektion durch den Deutschen Nationalrat in Georgien (Tiflis) nach Möglichkeit mit Neuerscheinungen auf dem Gebiete der deutschen dramatischen Literatur unter die Arme greifen zu wollen, da bei dem Nichtvorhandensein solcher in der Bibliothek der Dramatischen Sektion letztere nicht in der Lage ist, außer mit den älteren Sachen, wie z. B. von Sudermann u. a., die sich in der Gegenwart befremdend annehmen u. dem Zeitgeist kaum noch entsprechen, auch mit neueren Sachen aufzuwarten. Wir glauben, indem wir diese Bitte äußern, zugleich im Sinne des neuen Vorstands der Dram. Sektion zu handeln. Also helfe, wer kann!

Die Sowjetisierung der Republik Georgien.

28. Die Arbeiterfrage.

B. Rechte und Pflichten der Arbeiterschaft.

6. Einleitung (Die "Arbeitergesetzgebung" als Quelle der Rechte und Pflichten der Arbeiter). — "Arbeitergesetzgebung" ist in Sowjet-Georgien genau genommen alle Gesetzgebung, solange die Bauernschaft, das "andere Element der Regierung", wie sie von der Kommunistischen Partei, der leitenden in Georgien, bei Erziehung des Staatesredens bezeichnet wurde, in ihr noch nicht recht zur Geltung gekommen ist. Hierzu mangelt vorläufig die Voraussetzung der erst zu wählenden Räte, des Kongresses dieser Räte und des Rates der Volkskommisare, wie sie in Sowjet-Rußland und in den meisten anderen russischen Föderativ-Staaten: Ukraine, Krim, Aserbeidjan etc. längst bestehen. Diese Arbeitergesetzgebung hat natürlich in erster Linie die Regelung der Arbeitsverhältnisse zum Gegenstande, wie es auch anders in einem Lande, das als "Arbeiter- und Bauern-Rep. blik" bekannt worden ist, nicht sein kann. Immer mehr Gesetze und Verordnungen, die sich auf die Arbeiterschaft, namentlich auf die Rechte der letzteren beziehen, werden promulgiert. Eine Sammlung dieser gesetzlichen Bestimmungen steht bisher aus. Sie müssen vielmehr erst mühsam zusammengefaßt und wie gebührend gruppiert werden, um aus ihnen alles das an Normen herauszufinden, was die Rechte und Pflichten der Arbeiterschaft näher bestimmt. Ein Uebersehen dieser oder jener Norm ist mithin nicht ausgeschlossen, und auf Vollständigkeit erhebt deshalb vorstehender Bericht keinen Anspruch.

7. Die politischen Rechte der Arbeiterschaft. — In der Renarrisierung des Rates der professionellen Verbände am 23. 5. 21 hat der Genosse Eljabetsch w i l l das Wesen des Staates wie folgt charakterisiert: "Der Staat ist die Diktatur irgend einer Klasse, die organisierte Herrschaft einer Klasse über die anderen Klassen. Der Staatsapparat paßt sich der jeweils herrschenden Klasse an. Wir kennen verschiedene Epochen: Anfangs gehört alle Staatsgewalt den Großgrundbesitzern, hernach der Industrie, Handels- und Finanzbourgeoisie

und, endlich, in den Sowjet-Republik en — der Arbeiterschaft...". ("Krawwa Gruffi" Nr. 79, p. 26, 25, 21). Hieron ausgehend, erklärt Eljabetsch w i l l weiter: "Mad deshalb liegt für sämtliche Arbeiter- und Bauernklassen, und zwar vor allem für die professionellen Klassen, die dringende Notwendigkeit vor, in den Bestand der "Arbeiter- und Bauern-Inspektion", diese lebendige, faktische Kontrolle der Tätigkeit des Staatsapparats in allen seinen Teilen, ihre besten Kräfte hineinzubringen... Die "Arbeiter- und Bauern-Inspektion" ist für das Proletariat die beste Schule, eine Schule zur Befähigung der Olygochoben des Wirtschaftens...".

Eljabetsch w i l l hat hiermit zugleich die politischen Rechte des georgischen Arbeiters deutlich gekennzeichnet, und, indem er letzteren als Träger der diktatorischen Gewalt im Sowjetstaate betrachtet, ihn zum Herrn des Landes gemacht, zur Quelle seiner Rechte, so daß er letztere nach Belieben erweitern und einschränken kann. Eine Verfassung (Konstitution), hat sich die Arbeiter- und Bauernschaft Sowjet-Georgiens noch nicht gegeben; die übri gen "vollständigen" Konstitutionen konnten nach Analyse der Verhältnisse Sowjet-Rußlands auch in Sowjet-Georgien kaum in Betracht; die Sowjets, die Jelle des Sowjetstaates, sind noch nicht gewählt, das Konstitutions-Komitee, die gegenwärtige Regierung Georgiens, ist bloß eine vorübergehende Erziehung, der Vorläufer des erst vom Kongress der Räte zu schaffenden wahren Regierungssapparats (Central-Kongressausführung und Rat der Volkswirtschaft). Unter solchen Umständen läßt sich natürlich ein scharf umrissenes Bild der politischen Rechte des georg. Arbeiters noch nicht zeichnen, und man wird in Anbetracht dessen nicht unrichtig kommen, die Einheit und Umfaß dieser auszuzeichnen, die gleich dem Genossen Eljabetsch w i l l die Notwendigkeit unterstreichen, daß die Arbeiterschaft ihre besten Vertreter in die "Arbeiter- und Bauern-Inspektion" entsendet, um in dieser Ueberwachungsstelle durch die schärfste Kontrolle der noch unregelmäßig arbeitenden Staatsapparate Eigenmächtigkeiten, Hintanhaltung des Allgemeinwohls hinter das persönliche Interesse, Vernachlässigung der Dienspflicht u. s. w. nach Möglichkeit zu verhindern oder, wo sie bereits in die Erscheinung getreten ist, auszumergen: Es dürfte danach wohl auch ein Recht zur Bekämpfung vorliegen, daß der georgische Arbeiter augenblicklich allmächtig ist, insofern nämlich in der "Arbeiter- und Bauern-Inspektion" faktisch die gesamte Gewalt des Staates konzentriert erscheint, die Diktatur des Proletariats, und innerhalb dieses vor allem die der Arbeiterschaft zu greifbarem Ausdruck gelangt. Nach Festlegung der Grundgesetze der Verfassung Georgiens, wird, falls sie der Sowjet-russischen Verfassung nachgebildet werden sollte, was aller Wahrscheinlichkeit nach der Fall sein wird, die Rechtsphäre des Arbeiters in positiver Hinsicht allerdings bis zu einem gewissen Grade eingegrenzt werden, aber da das alte und neue Recht im Sowjetstaat ausnahmslos den "Arbeitenden", den Werkstätten, den "Trudjarschischij" zugleich, mit Bevorzugung der Genossen, welche physische Arbeit leisten, so leuchtet von selbst ein, daß sie auch dann, als die Diktatoren, hinsichtlich der Ausgrenzung ihrer politischen Rechte, wie bei jeder Diktatur, nur durch ihren eigenen Willen, durch seine Selbstbeschränkung sich teilen lassen werden. (Fortsetzung folgt.)

Herausgeber: Der F. A. des Verbandes der russ. Deutschen. — Für die Redaktion verantwortlich: Cand. Jur. Alexander Kusajew, im Austrage des Redaktionskomitees.

G e s u c h t

für die Kolonie Alexanderhilf tüchtiger Kaiser, welcher mit Notorgebiet bekannt ist. Eintritt am 1. März. Offerten mit Angabe der Bedingungen zu richten an den Kommissar von Alexanderhilf, per Adresse: Tiflis, Deutscher National-Rat, Michailstraße № 108.

Setzerlehrling

von 14—17 Jahren, der deutschen Sprache in Schrift und im Wort mächtig, wird für die "Rus. Post" zu sofortigem Eintritt gesucht. Zu erfragen im Deutschen Nationalrat, Michailstraße № 108.